

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Sozialrecht / Arbeitsrecht: Sturz auf der Toilette während der Arbeit nicht unfallversichert 1
2. Verfassungsrecht: Vorschriften zur Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer verfassungswidrig 1
3. Zivilrecht: Verbreitung ungenehmigter Filmaufnahmen aus Bio-Hühnerställen nicht rechtswidrig 2
4. Arbeitsrecht: Außerdienstliche Straftat rechtfertigt keine fristlose Kündigung 2
5. Europarecht / Arbeitsrecht: Kirchliche Arbeitgeber dürfen nicht bei jeder Stelle von Bewerbern eine Religionszugehörigkeit fordern 2
6. Europarecht: Europäisches Parlament verschärft EU-Vorschriften 3
7. Gesetzgebung: Streit über Strafraumen für Schwarzfahrer 3
8. Strafrecht: Entscheidung zum Gotthard-Tunnel-Raser 3
9. Zivilrecht: Bundesweite Stadionverbote sind rechters 3

Sozialrecht / Arbeitsrecht: Sturz auf der Toilette während der Arbeit nicht unfallversichert

Der 1969 geborene Mechaniker M ging im Januar 2017 gegen 13:00 Uhr während seiner Arbeit auf die Toilette. Als er sich die Hände waschen wollte, rutschte er auf dem nassen und mit Seife verunreinigten Boden aus und schlug sich den Kopf am Waschbecken an. Seine Berufsgenossenschaft (BG) lehnte die Anerkennung als Arbeitsunfall ab, da der Aufenthalt auf der Toilette grundsätzlich privater Natur sei und nicht unter Versicherungsschutz stehe. Das Sozialgericht Heilbronn hat die Entscheidung der BG bestätigt.

Quelle: Sozialgericht Heilbronn

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verfassungsrecht: Vorschriften zur Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer verfassungswidrig

Die Regelungen des Bewertungsgesetzes zur Einheitsbewertung von Grundvermögen in den „alten“ Bundesländern sind jedenfalls seit dem Beginn des Jahres 2002 mit dem allgemeinen Gleichheitssatz unvereinbar. Das Festhalten des Gesetzgebers an dem Hauptfeststellungszeitpunkt von 1964 führt zu gravierenden und umfassenden Ungleichbehandlungen bei der

Bewertung von Grundvermögen, für die es keine ausreichende Rechtfertigung gibt. Mit dieser Begründung hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts die Vorschriften mit Urteil vom 10.04.2018 für verfassungswidrig erklärt.

Quelle: Bundesverfassungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: Verbreitung ungenehmigter Filmaufnahmen aus Bio-Hühnerställen nicht rechtswidrig

Mit Urteil vom 10.04.2018 hat der Bundesgerichtshof die Zulässigkeit der Verbreitung ungenehmigter Filmaufnahmen aus Bio-Hühnerställen bejaht und dargelegt, dass die Verbreitung der Filmaufnahmen weder das Unternehmerpersönlichkeitsrecht der Klägerin noch ihr Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb verletzt.

Quelle: Bundesgerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: Außerdienstliche Straftat rechtfertigt keine fristlose Kündigung

Der Kläger war seit 1991 bei der Beklagten, einem Chemieunternehmen, im Labor beschäftigt. Am 02.08.2016 wurden in seiner Wohnung von der Polizei 1,5 Kilogramm chemischer Stoffmischungen gefunden, die von dieser als gefährlich bewertet wurden. Die Beklagte kündigte das Arbeitsverhältnis mit Schreiben vom 01.09.2016 fristlos. Das Landesarbeitsgericht erachtete die fristlose Kündigung für unwirksam.

Quelle: Landesarbeitsgericht Düsseldorf

[mehr](#)

[nach oben](#)

Europarecht / Arbeitsrecht: Kirchliche Arbeitgeber dürfen nicht bei jeder Stelle von Bewerbern eine Religionszugehörigkeit fordern

Mit Urteil vom 17.04.2018 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass kirchliche Arbeitgeber nur dann von Bewerbern eine Religionszugehörigkeit fordern dürfen, wenn dies für die Tätigkeit "objektiv geboten" ist. Ferner muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben.

Quelle: Gerichtshof der Europäischen Union

[mehr](#)

Europarecht: Europäisches Parlament verschärft EU-Vorschriften

Das Parlament hat am 19.04.2018 neue Regeln verabschiedet, um sicherzustellen, dass in der EU nur hochwertige Bioprodukte verkauft werden, und um die ökologische Produktion anzukurbeln.

Quelle: Europäisches Parlament

[mehr](#)

[nach oben](#)

Gesetzgebung: Streit über Strafraumen für Schwarzfahrer

Mit zwei Gesetzentwürfen zum Thema Schwarzfahren hat sich der Bundestag am 20.04.2018 befasst. Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass die sogenannte Beförderungerschleichung keine Straftat mehr darstellt.

Quelle: Das Parlament

[mehr](#)

[nach oben](#)

Strafrecht: Entscheidung zum Gotthard-Tunnel-Raser

Mit Beschluss vom 25.04.2018 hat das Oberlandesgericht Stuttgart die Vollstreckung gegen einen deutschen Staatsbürger, der seinen Wohnsitz in Deutschland hat, aus einem Urteil des Geschworenengerichts des Kantons Tessin vom 20.02.2017 für zulässig erklärt, soweit der Verurteilte darin zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Monaten wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen u.a. im Gotthard-Tunnel nach schweizerischem Strafrecht wegen „Gefährdung des Lebens und wiederholter grober qualifizierter Verletzung der Verkehrsregeln“ verurteilt wurde.

Quelle: Oberlandesgericht Stuttgart

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: Bundesweite Stadionverbote sind rechens

Mit am 27.04.2018 veröffentlichtem Beschluss hat sich das Bundesverfassungsgericht mit der Ausstrahlungswirkung des allgemeinen Gleichbehandlungsgebots des Art. 3 Abs. 1 GG in das Zivilrecht befasst und die Verfassungsbeschwerde eines mit einem bundesweiten Stadionverbot belegten Fußballanhängers als unbegründet zurückgewiesen.

Quelle: Bundesverfassungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)
